

Personalpolitik in den Ordnungsämtern Politik erkennt die Zeichen der Zeit nicht!

Es wird durch die Politik gefordert, dass die Ordnungsämter unserer Stadt für Ordnung und Sicherheit sorgen sollen! Jedoch ist diese politische Vorgabe **nicht zu bewältigen!** Dieser Zustand wird so lange andauern, bis sich unser Senat endlich mal darüber einig wird, welche Ausrichtung die Ordnungsämter in dieser Stadt bekommen sollen!

Wie aus dem **Ordnungsämtererrichtungsgesetz** zu entnehmen ist, ist eine gewisse Sollstärke für die Mitarbeiter des Allgemeinen Ordnungsdienstes vorgesehen. Die angegebenen Zahlen im Ordnungsämtererrichtungsgesetz sind nach fast 6 Jahren bei Weitem immer noch nicht erreicht.

Es müssen sich **Dienststellenleiter** dafür **rechtfertigen**, wenn sie z. B. für Großveranstaltungen nicht **genügend Einsatzkräfte** zur Verfügung haben. Sie müssen sich mit politisch Verantwortlichen auseinandersetzen, die noch nicht einmal den Unterschied der gesetzlich vorgegebenen Befugnisse zwischen **Allgemeinen Ordnungsdienst** und **Parkraumüberwachung** kennen. Die gnadenlose Unterbesetzung der Ordnungsämter ist politisch zu ver- und beantworten, aber auch hausgemachter Ärger in den einzelnen Bezirken. Der schwarze Peter wird hin und her geschoben! Es müssen sich die bezirklich Verantwortlichen beim Senat Gehör verschaffen und auf Senats-ebene muss **Verantwortung** für das geschriebene Wort eingefordert werden! Diese unklare politische Position hat nicht nur Auswirkungen auf die Dienstkräfte, sondern vor allem auf das Bild des Ordnungsamtes in der Öffentlichkeit. Es sind **rechtsfreie Räume** entstanden, die Ihren Ursprung in der verheerenden Sparpolitik finden. Nicht genug, dass seit Einführung des Berliner Modells in der Polizei die **Kontaktbereichsbeamten** fast völlig aus dem Straßenbild verschwunden sind; nun kann noch nicht einmal das Ordnungsamt dafür **Sorge** tragen, dass der Bürger zumindest den Eindruck von Sicherheit in seinem Kiez hat!

Zudem wird auch kaum Anreiz für die Kolleginnen und Kollegen aus dem Zentralen Personalmanagement gegeben, um sich für eine der Tätigkeiten im Ordnungsamt zu interessieren. Noch nicht einmal die **Stellenausschreibungen** vom ZeP beschreiben die Arbeit der zwei verschiedenen Tätigkeitsfelder im Außendienst (AOD und PRK) richtig. Das muss unbedingt geändert werden! Es muss für die Kolleginnen und Kollegen die sich im ZeP befinden genau aufgezeigt werden, welche Aufgaben sie eventuell in der Zukunft übernehmen würden.

Es wäre auch durchaus wünschenswert, wenn **Informationsveranstaltungen** durch den ZeP organisiert und **Hospitationen** in den Ordnungsämtern durchgeführt werden. Natürlich spielen dort auch finanzielle Aspekte eine Rolle. Hier **muss** die **Vc für alle AOD's** (was schon lange überfällig ist), durchgesetzt werden. Es gibt bestimmt viele Kolleginnen und Kollegen die nach Vc vergütet werden, aber nicht bereit sind finanzielle Einbußen durch einen Tätigkeitswechsel hinzunehmen.

Auch Außeneinstellungen im Außendienst **mit befristeten Arbeitsverträgen** sind keine Lösung für das dauerhafte Problem. Diese Kolleginnen und Kollegen wurden ausgebildet, komplett ausgestattet, sind hoch motiviert und müssen die Behörde wieder verlassen?! Wo bleibt da der Spareifer der Politiker? Man sollte sich nicht die negativen Aspekte der freien Wirtschaft zum Vorbild nehmen! Hinter jedem dieser Arbeitsverträge steckt ein Mensch, eine Familie, eine Zukunft!!

Unsere Forderungen: **Sofortige Übernahme in dauerhafte Beschäftigung der befristeten Stellen!**

 Endlich genügend Personal für die Ordnungsämter! und

 Taten, anstatt voll geschriebenes Papier und leerer Worthülsen!

Herbert Just
Vorsitzender KV Ordnungsamt